

Unister Leipzig: Weitere Firmen vor Insolvenz

Arbeitsamt: Entlassene haben gute Jobchancen

VON ROBERT NÖSSLER

LEIPZIG. Nach der Unister-Pleite in Leipzig soll heute für sieben weitere Tochtergesellschaften das Insolvenzverfahren offiziell eröffnet werden...

Am Mittwoch kamen rund 500 Unister-Mitarbeiter zu einer Belegschaftsversammlung in Leipzig und wurden im Detail über die anstehenden Kündigungen, den Stand der Insolvenzen und die Umstrukturierung des Unternehmens informiert...

Die Agentur für Arbeit in Leipzig wird heute bei Unister mit fünf Beratern die von Entlassungen Betroffenen direkt über die weiteren Schritte informieren.

Die Voraussetzungen, sofort einen neuen Job zu finden, seien für die Unister-Mitarbeiter derzeit so gut wie seit Jahren nicht mehr. „Callcenter suchen in Leipzig händelnd Kundenberater. Aber auch im Personalbereich, in der Finanzbuchhaltung oder dem IT-Bereich gibt es Bedarf“...

Woraus resultieren die Enttäuschungen und Ängste, die die AfD - offenbar im Gegensatz zu anderen Parteien - kanalisiert?

KURZ GEMELDET

Ministerpräsident Tillich zu Gesprächen in Marokko

DRESDEN/RABAT. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat in seiner Funktion als Bundesratspräsident auf seiner Marokko-Reise das nordafrikanische Land als wichtigen und strategischen Partner gewürdigt...

Kurort Warmbad darf sich Heilbad nennen

WOLKENSTEIN. Der sächsische Kurort Warmbad (Erzgebirgskreis) darf sich nun Heilbad nennen. Das Wirtschaftsministerium teilte gestern mit, es habe seine Zustimmung dazu erteilt.

Wurstland Thüringen wird seinem Namen gerecht

ERFURT. Außer in Bayern gibt es nirgendwo in Deutschland so viele Fleischerfachgeschäfte wie in Thüringen. Im Freistaat, der sich vor allem der Thüringer Bratwürste rühmt, kämen 43 Wurst- und Fleischverkaufsstellen auf 100 000 Einwohner...

Lichterprobe gelungen, „Sprengsatz“ enttarnt - Dresden vor der Einheitsfeier



Dresden ist bunt - wie die Lichterprobe am Mittwochabend für die multimediale Lasershow zur Einheitsfeier am Sonntag bewies.

Foto: Anja Schneider

In Dresden laufen die letzten Vorbereitungen für die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit vom 1. bis 3. Oktober. Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) sieht die Stadt gerüstet.

„In Sachsen ist Gefahr im Verzug“

Der Politikwissenschaftler Hajo Funke über die AfD, eine völkische Revolution und einen neuen sozialen Politikstil

LEIPZIG. Die AfD und auch Pegida werden von gefährlichen Neonazi-Netzwerken gestützt - und diese wollen eine völkische Revolution, ein Viertes Reich. Das sagt der Politikwissenschaftler Hajo Funke (71). Besonders kritisch sieht er die Situation in Sachsen. In seinem neuen Buch fordert Funke: Die etablierten Parteien müssen sozialer und wieder glaubwürdiger werden.

Pegida und AfD scheinen vielen Menschen aus dem Herzen zu sprechen, wenn man sich die Wahlergebnisse anschaut. Sie argumentieren in Ihrem Buch dagegen - wo sehen Sie die Diskrepanz?

Die Diskrepanz liegt in den Wahlmotiven - Frustration, Wut, Enttäuschung über die Verhältnisse - einerseits, und andererseits in dem, was die AfD daraus macht. Die AfD greift die Wut und auch die Ängste der Menschen auf, gibt sich als Volkes Stimme aus - aber präsentiert dann nur eine einzige Lösung: Es werden Sündenböcke definiert, und das sind in erster Linie die Flüchtlinge...

Woraus resultieren die Enttäuschungen und Ängste, die die AfD - offenbar im Gegensatz zu anderen Parteien - kanalisiert?

Es gibt ganz unterschiedliche Ursachen. In Ostdeutschland sehe ich viele Enttäuschungen und Ungerechtigkeiten, die immer noch aus der Wiedervereinigung resultieren. Viele Ostdeutsche empfinden und empfinden sich als Deutsche zweiter Klasse, und das aus durchaus verständlichen Gründen.

Kann das den rasanten Aufstieg der AfD tatsächlich erklären?

Zu der Enttäuschungen kam im vergangenen Jahr natürlich die große Zahl an Flüchtlingen - aus den Ängsten der Menschen hat die AfD gehörig Kapital geschlagen. Und: Zum Aufstieg der AfD hat die CSU mit Horst Seehofer - und auch sympathisierende Teile der CDU - wesentlich beigetragen.

Was bedeutet das konkret?

Wir brauchen einen neuen pragmatischen humanen Umgang. Gerade in Sachsen ist Gefahr im Verzug: Hier wurde und wird das Problem des Rechtsextremismus verniedlicht und sogar ignoriert, einfach viel zu viel, insbesondere von Regierungsseite, zugelassen - die verheerenden, in Gewalt mündenden Resultate sehen wir jetzt.

Die AfD wurde anfangs und wird noch geschnitten, bei Podien bleibt sie häufig außen vor. Ist das ein Fehler?

Das Ignorieren hat der AfD eine Märtyrerrolle beschert. Das Gegenteil ist richtig: Man darf nicht nur die Slogans verurteilen, sondern muss sich mit ihrer Politik, der Programmatik und den vorgelegten Resultaten beschäftigen. Das heißt, man muss sich auch anschauen, was tatsäch-

lich in den Landtagen veranstaltet wird - außer Schimpfen und Lamentieren. Da wird man schnell zu dem Schluss kommen, dass nicht viel reale Arbeit, sondern sehr wenig Sachverstand hinter der AfD steckt.

Die AfD wird fast immer mit als rechts-populistisch bezeichnet - ist sie das?

Natürlich, aber was weitaus gefährlicher ist: Der dynamische Zirkel, sozusagen die Strippenzieher, hinter der national-konservativen Fassade dieser Partei sind eingeleitete Rechtsradikale wie André Poggenburg (Sachsen-Anhalt), Björn Höcke (Thüringen) oder Alexander Gauland (Brandenburg). Diese Drei bilden den dynamischen Zirkel in der AfD, nicht die zerstrittene Parteispitze um Frauke Petry.

Die Identitären sind auch häufig bei Pegida aufgetreten. Sehen Sie hier eine Nähe?

Auf jeden Fall. Die personellen Vernetzungen und sogar Überschneidungen von AfD, Pegida und der Neuen Rechten, im Besonderen mit der Identitären Bewegung, sind eklatant und auch belegbar. Nicht ohne Grund sitzt das rechtsextreme Institut für Staatspolitik, sozusagen die Vordenker der völkischen Bewegung, im Süden Sachsens-Anhalts. Innerhalb der AfD haben Rechtsradikale maßgebliche Positionen inne und haben sogar die Schiedskommission gekapert, was Abschlüsse von Ihresgleichen so gut wie unmöglich macht.

unmöglich macht. Letztlich geht es darum, und auch das ist belegbar, keine Flüchtlinge mehr ins Land zu lassen und Stimmung gegen Muslime zu machen. Dass dies gelingt, sehen wir ja - bei aller Kritik, die man an der Asylpolitik äußern kann. Wenn man sich genau anschaut, was die AfD will, ist das eine völkische Wende, eine völkische Revolution, die unser Gemeinwesen zerstören würde.

Welche Konsequenzen sehen Sie?

Die sozialen Ursachen der Ängste, der Enttäuschungen, der Wut müssen endlich angegangen werden. Die etablierten Parteien haben das bislang nicht begriffen. Es reicht nicht, die Menschen nur alle vier Jahre als Wähler zu benutzen. Die Parteien und Politiker müssen wieder lernen, dass sie sich um die Menschen kümmern und wieder in der Fläche präsent sein müssen. Und das eben nicht nur, wenn Kameras dabei sind. Das kann ein schmerzhafter Prozess sein, und es ist nicht angenehm, sich kritisieren und sogar beschimpfen zu lassen, das weiß ich aus eigener Erfahrung - aber nur so kommen die Parteien wieder den Menschen und deren Problemen näher. Das wird nicht von heute auf morgen umzusetzen sein, sondern braucht Zeit.

Heißt das, auch AfD-Positionen zu übernehmen? Es gibt nicht wenige Politiker, die nähern sich thematisch bereits an.

Das ist das Falscheste überhaupt! Denn dann machen sich alle anderen überflüssig - und die AfD wird die völkische Wende gewinnen. Wenn man sich die Entwicklungen zum Beispiel in Frankreich oder in Österreich anschaut, wo Nicolas Sarkozy den Front National nachgeahmt hat und die ÖVP mit der rechten FPÖ koalitiert hat, zeigt sich: Die Gewinner sind immer die Rechten. Die Gefahr liegt bei uns auf der Hand: Wenn Horst Seehofer und Teile der CDU weiter so machen, wird das auch hier passieren. Interview: Andreas Debski

Hajo Funke: AfD. Pegida. Gewaltnetze - Gefährliche Dynamiken einer Bewegung. Verlag For Berlin-Brandenburg (vbb), 152 Seiten, 16 Euro.

ZUR PERSON

Hajo Funke (71) gilt auf dem Gebiet der Rechtsextremismus-Forschung als eine Koryphäe: Seit mehr als einem Vierteljahrhundert widmet sich der inzwischen emeritierte Politikprofessor diesem Thema, bis auf einen Aufenthalt in Berkeley stets an der Freien Universität Berlin. Daneben ist er ein gefragter Sachverständiger, war unter anderem Gutachter in NSU-Untersuchungsausschüssen. Er ist immer wieder auch in Sachsen und Thüringen tätig. Funke, mit katholischen Hintergrund, stammt aus Niederschlesien. Sein Vater war Lehrer.

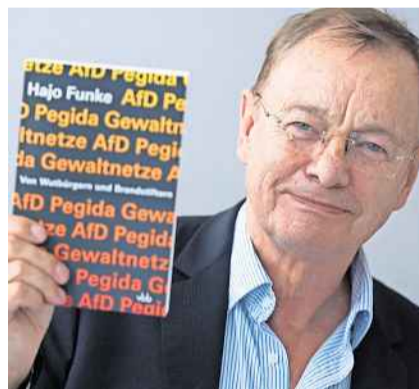


Foto: Andreas Döring

Halle gegen Magdeburg - beide wollen Kulturhauptstadt werden

Geplante Bewerbung für europäischen Titel entzweit Saale- und Elbestadt / Bürgermeister sehen auch Kostenfrage

VON BERND LÄHNE

HALLE. Geht es nach Halles Oberbürgermeister Bernd Wiegand (parteilos), dann könnte Halle 2025 den Titel Europäische Kulturhauptstadt zugesprochen bekommen. Als Sachsen-Anhalts Kulturhauptstadt - den Beinamen gab es 1990 für die Saalestadt gleichsam als Trostpflaster, nachdem Magdeburg zur Landeshauptstadt gewählt wurde - habe man denkbar gute Voraussetzungen.

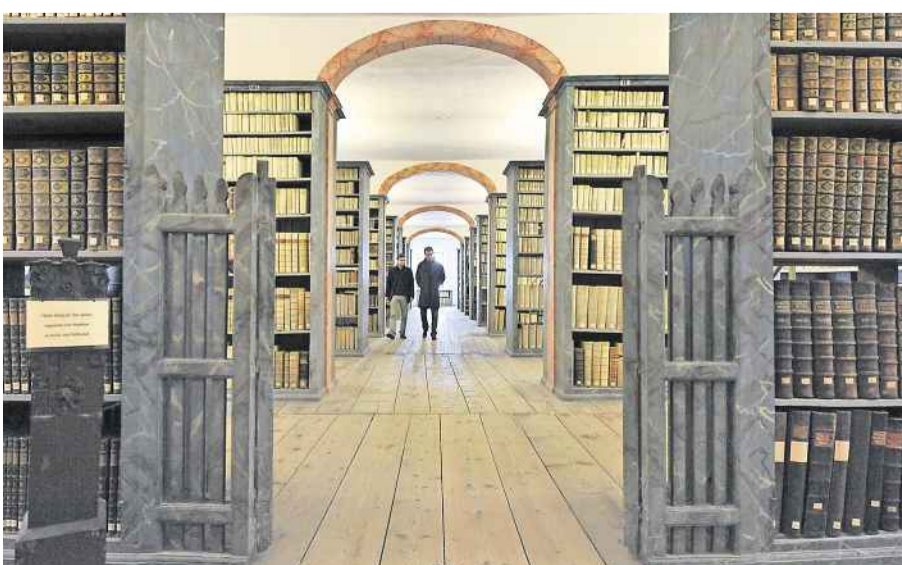
Der Vorschlag des halleschen Rathauschefs ist nicht unumstritten, aus Magdeburg gab es bereits hämische Bemerkungen. „Es gibt keine Kulturhauptstadt in Sachsen-Anhalt“, konterte Magdeburgs Oberbürgermeister Lutz Trümper (parteilos), der selbst gern den Titel an die Elbe holen möchte. Eine entsprechende Bewerbung wird in Magdeburg schon seit einigen Jahren vorbereitet. Sachsen-Anhalts Kulturminister Rainer Robra (CDU) verwies in der Debatte auf den Koalitionsvertrag. Darin wurde vereinbart, dass das Land Sachsen-Anhalt die Bewerbung Magdeburgs als Kul-

turhauptstadt Europas 2025 unterstützen werde - in jenem Jahr ist erneut eine deutsche Stadt berechtigt, den von der

Europäischen Union vergebenen Titel zu tragen (gemeinsam mit einer slowenischen Stadt). „Das Land ist schlicht nicht

in der Lage, eine weitere parallele Bewerbung finanziell zu unterstützen. Natürlich steht es jeder Stadt frei, sich um den Titel zu bemühen“, so der Kulturminister. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die engagierte Unterstützung des Landes bei der Bewerbung der Stadt Halle als Kulturhauptstadt Europas 2010.

Kulturstaatssekretär Gunnar Schellenberger (CDU) sagte, Halles Vorhaben habe ihn überrascht. Magdeburg habe den Vorteil, dass die Stadt ihren Entschluss langfristig angekündigt habe. „Halle kann mit der moralischen Unterstützung des Landes rechnen. Wir können unser Landesgeld aber natürlich nicht verdoppeln.“ Wenn man in so einen regionalen Wettbewerb einsteigen wolle, dann sollte man sich schon rechtzeitig miteinander abstimmen. „Vorstellbar ist alles“, sagte Schellenberger. Man müsse sich aber schon überlegen, was sinnvoll sei für die Region. Schellenberger appellierte, es gehe darum, Kräfte zu bündeln und nicht gegeneinander zu arbeiten.



Franckesche Stiftung Halle: Blick in den historischen Bibliothekssaal mit dem originalen Mobiliar aus dem 18. Jahrhundert. Foto: Andreas Döring

Ramelow: Kampf gegen Rechts große Herausforderung

ERFURT. In der Bekämpfung des Rechtsextremismus sieht Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) neben der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse die größte Herausforderung für Deutschland in den kommenden Jahren. Dies könne jedoch nur gelingen, wenn sie von allen Demokraten insgesamt angenommen werde, sagte Ramelow vor den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit gestern in Erfurt: „Die Erfolge der AfD wie auch die Zunahme rechtsextremer Straftaten in ganz Deutschland machen es allen demokratischen Kräften zur politischen und moralischen Pflicht, Flagge zu zeigen.“

Thüringen habe 26 Jahre nach der Wiedervereinigung viele Fortschritte zu verzeichnen, sagte der Ministerpräsident. Die wirtschaftlichen Rahmendaten seien positiv, die Zahl der Arbeitslosen sinke kontinuierlich und die Wirtschaftskraft steige. „Gleichwohl stehen wir auch künftig vor gewaltigen Herausforderungen“, betonte Ramelow. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland bedürfe noch großer Anstrengungen von Bund und Ländern. Deshalb sei die Umwidmung des Solidaritätsbeitrages in ein Instrument, das gezielt dem Abbau bundesweiter Ungleichheiten und der Bewältigung der Integration dient, nach 2020 „zwingend erforderlich“, erklärte der Ministerpräsident.

Nach Anschlägen laufen Ermittlungen

DRESDEN. Nach den Sprengstoffanschlägen auf eine Moschee und das Kongresszentrum am Montagabend in Dresden läuft die Suche nach den Tätern mit Hochdruck. „Wir haben noch keine heiße Spur“, sagte gestern der Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Dresden, Wolfgang Klein. Videos der Überwachungskamera würden derzeit ausgewertet, Spuren und Hinweise nachgegangen. Auch das angebliche Bekennerschreiben werde derzeit noch auf Echtheit und Identität geprüft, so Klein. Das Schreiben, das auf einer linken Internetseite auftauchte und schnell von dort wieder verschwand, sorgte für Verwirrung. Die Antifa distanzierte sich in einer Mitteilung, auch im Netz wurde über eine mögliche Fälschung diskutiert.